

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Sitzung: Freitag, 18.11.2016

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 09:00 Uhr

Ende: 11:45 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Dr. Sebastian Vollbrecht - CDU

Mitglieder

Frau Cornelia Seiffert - SPD

Frau Astrid Buchholz - BIBS

Vertretung für: Herrn Dr. Dr. Wolfgang Büchs

Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE

Herr Frank Flake - SPD

Frau Susanne Hahn - SPD

Frau Anke Kaphammel - CDU

Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

Herr Dennis Scholze - SPD

Vertretung für: Frau Simone Wilimzig-Wilke

Herr Kurt Schrader - CDU

Frau Anneke vom Hofe - AfD

Herr Christian Bley - Die Fraktion P2

Vertretung für: Herrn Maximilian Hahn

Herr Carsten Lehmann - FDP

weitere Mitglieder

Herr Prof. Dr. Gerd Biegel -

Herr Dr. Volker Eckhardt -

Frau Edith Grumbach-Raasch -

Herr Mirco Hanker -

Frau Sigrid Herrmann -

Herr Björn Walter - Stadtheimatpfleger

Verwaltung

Frau Dr. Anja Hesse - Dezernentin IV

Herr Stefan Malorny – FBL 41

Herr Dr. Henning Steinführer – RefL 0414
Frau Dr. Anette Haucap-Naß – RefL 0412
Frau Heidemarie Anderlik – stellv. RefL 0413

Protokollführung

Herr Daniel Kösters - Verwaltung

Abwesend

Mitglieder

Herr Dr. Dr. Wolfgang Büchs - BIBS	entschuldigt
Frau Simone Wilimzig-Wilke - SPD	entschuldigt
Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2	Abwesenheit

weitere Mitglieder

Frau Antje Maul -	Abwesenheit
-------------------	-------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.09.2016
- 3 Vorstellung des BBK (Vortrag)
- 4 Vortrag des Museums für Photographie (Vortrag)
- 5 Vorstellung des neuen Leiters des Städtischen Museums
- 6 Projekt "Vom Herzogtum zum Freistaat - Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)" 16-03313
- 6.1 Änderungsantrag zur Vorlage - 16-03313, Projekt "Vom Herzogtum zum Freistaat - Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)" 16-03333
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke
- 6.2 Änderungsantrag: "Vom Herzogtum zum Freistaat - Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)" 16-03334
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion
- 7 Mitteilungen
- 7.1 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1.1 Projektförderung 2016 bis 5.000,- EUR 16-02921
- 7.1.2 "Roselies - Garten der Erinnerung": Klageverfahren und Akteneinsicht 16-03166

7.1.3	Niederdeutsches Theater Braunschweig e. V.	16-03156
7.1.4	Gerstäcker Museum	16-03296
8	Anträge	
9	Anfragen	

Nichtöffentlicher Teil:

10	Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung	
11	Mitteilungen	
12	Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende stellt zu Beginn der Sitzung fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Es erfolgt eine kurze Vorstellungsrunde.

Anschließend wird die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.09.2016

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Aufgrund fehlender rechtlicher Regelungen zur Beschlussfassung der Ausschüsse über Niederschriften der letzten Wahlperiode wird diese Niederschrift von dem neuen Ausschuss nur zur Kenntnis genommen.

3. Vorstellung des BBK (Vortrag)

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass dieser TOP entfällt. Hierüber seien die Ausschussmitglieder im Vorfeld der Sitzung informiert worden.

4. Vortrag des Museums für Photographie (Vortrag)

Frau von Monkiewitsch und Frau Hofmann-Johnson stellen die Arbeit des Museums für Photographie vor. Nachfragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet. Die Ausschussmitglieder bitten um Zurverfügungstellung der Präsentation.

5. Vorstellung des neuen Leiters des Städtischen Museums

Frau Dr. Hesse stellt den zukünftigen Leiter des Städtischen Museums, Herrn Dr. Joch, vor. Herr Dr. Joch werde seine Arbeit zum Februar 2017 aufnehmen. Herr Dr. Joch teilt mit, dass er sich auf die neue Aufgabe und die künftige Zusammenarbeit, auch mit dem Ausschuss, sehr freue. Eine Nachfrage wird beantwortet.

6. Projekt "Vom Herzogtum zum Freistaat - Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)"

16-03313

Die Vorlage wird von Frau Dr. Hesse vorgestellt. Anhand einer kurzen Genese skizziert Frau Dr. Hesse den bisherigen Verlauf in der Thematik und schließt damit, dass für Vorarbeiten des Museums (Abschluss eines Werkvertrages) 35.000 € bereits in 2017 benötigt würden.

Frau Anderlik ergänzt die konzeptionellen Überlegungen zu dem Projekt für das Städtische Museum: Die Grundthese sei die Darstellung der Demokratie und der Volksvertretung. Sie schildert die Ergebnisse ihrer Dienstreise in Sachen Museenlandschaft in Berlin. Inhaltlich sei für Braunschweig die Parteigeschichte der SPD besonders geeignet. Auf Nachfrage teilt Frau Anderlik mit, dass es sich um zwei Ausstellungen handele, die geplant seien.

Ratsfrau Ohnesorge hält die Inhalte des VA-Beschlusses aus 2015 für nicht korrekt umgesetzt. Es habe bereits damals eine intensive Debatte darüber gegeben, auch die Person Minna Faßhauers zu behandeln. Dies sei in dem jetzigen Projekt nicht erkennbar.

Zur Klarstellung skizziert Herr Dr. Steinführer die inhaltlichen Schwerpunkte des wissenschaftlichen Teils des Gesamtprojektes: Regierungspraxis, Urarbeiterschaft, Frauenbewegung (hier seien klare Bezüge zu Minna Faßhauer erkennbar) und die politische Lage auf dem Land. Auf Nachfrage stellt Frau Dr. Hesse klar, dass das Konzeptpapier aus Februar 2015, welches in einem Expertenkreis erarbeitet worden sei, der Verwaltung weiterhin als Arbeitsgrundlage diene. Ratsherr Flake bittet darum, dieses Papier zur Beratung im VA noch einmal beigelegt zu bekommen.

Ratsherr Schrader kritisiert den langwierigen Prozess der Entscheidungsfindung in diesem Projekt und plädiert nunmehr für eine kurzfristige Entscheidung.

Nach weiterer eingehender Diskussion bringt Ratsfrau Dr. Flake in der Sitzung folgenden Änderungsantrag schriftlich ein:

Beschluss:

"Es wird beantragt, eine Entscheidung über die Verwaltungsvorlage bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft im Dezember 2016 zu vertagen. Zudem wird von der Verwaltung die nochmalige Zuleitung des Projektauftrisses als weitere Diskussionsgrundlage gebeten."

Abstimmungsergebnis:

Ja: 3 Nein: 7 Enth.: 1

Somit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nach Abstimmung der Änderungsanträge unter TOP 6.1 und 6.2 erfolgt die Abstimmung über die Vorlage der Verwaltung.

Beschluss:

Dem von der Verwaltung vorgelegten Konzept zur Umsetzung des Projektes „Vom Herzogtum zum Freistaat - Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)" wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 8 Nein: 2 Enth.: 1

Die Vorlage ist somit angenommen.

6.1. Änderungsantrag zur Vorlage - 16-03313, Projekt "Vom Herzogtum zum Freistaat - Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)" **16-03333**
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke

Ratsfrau Ohnesorge erklärt sich bereit, den Antrag der Fraktion DIE LINKE in den Antrag der BIBS-Fraktion zu integrieren.

Beschluss:

Das von der Verwaltung vorgelegte Konzept entspricht nicht dem VA-Beschluss vom 10.12.2013 und wird deshalb abgelehnt. Stattdessen soll die Verwaltung ein Konzept auf Grundlage des VA-Beschlusses bis Ende des 2. Quartals 2017 erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

erledigt durch weitergehenden Änderungsantrag Nr. 16-03334

6.2. Änderungsantrag: "Vom Herzogtum zum Freistaat - Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)" **16-03334**
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion

Ratsfrau Buchholz erklärt, den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE übernehmen zu wollen und um den Antrag der BIBS-Fraktion zu ergänzen.

Beschluss:

Das von der Verwaltung vorgelegte Konzept entspricht nicht dem VA-Beschluss vom 10.12.2013 und wird deshalb abgelehnt. Stattdessen soll die Verwaltung ein Konzept auf Grundlage des VA-Beschlusses bis Ende des 2. Quartals 2017 erarbeiten.

Bei der Neuarbeitung sollen insbesondere die folgenden Punkte beachtet werden:

1. Im Rahmen der Ausstellung des städtischen Museums über die Novemberrevolution wird auch das Wirken von Minna Faßhauer in Braunschweig explizit behandelt.
2. Der im Gewerkschaftshaus eröffnete „Bildungsort für Minna Faßhauer“ wird in die Konzeption mit einbezogen.

Die Verwaltung tritt in Gespräche mit dem DGB ein, wie weitere Veranstaltungen, Vorträge etc. mit Blick auf das Wirken von Minna Faßhauer in das Projekt einbezogen werden können.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 2 Nein: 7 Enth.: 2

Der Änderungsantrag ist somit abgelehnt.

7. Mitteilungen

7.1. Mitteilungen der Verwaltung

7.1.1. Projektförderung 2016 bis 5.000,- EUR **16-02921**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

7.1.2. "Roselies - Garten der Erinnerung": Klageverfahren und Akteneinsicht **16-03166**

Ratsfrau Dr. Flake weist auf eine zwischenzeitlich an die Fraktionen adressierte Mail der Initiative rund um die Roseliesstraße hin, welche eine Art "Kompromissvorschlag" zur Einigung über den Standort des „Gartens der Erinnerung“ enthielt. Bürgermitglied Dr. Eckhardt erwähnt, dass diese E-Mail auch der Kulturdezernentin zugegangen sein müsste, da sie im „cc“ aufgeführt sei. Frau Dr. Hesse macht hierzu deutlich, dass sie diese Mail nicht erreicht habe (*Anmerkung d. Verwaltung: Eine Nachprüfung im Nachgang der Sitzung hat ergeben, dass eine Zustellung der Mail aufgrund eines Schreibfehlers nicht möglich gewesen ist.*). Wenn die Mail vorliege, müsse verwaltungsseitig geprüft werden, ob es im Rahmen eines

anhängigen Klageverfahrens zulässig sei, Zwischengespräche zu führen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

7.1.3. Niederdeutsches Theater Braunschweig e. V.

16-03156

Herr Dr. Malorny weist darauf hin, dass die in der Mitteilung formulierte Prüfung des Antrages auf Kontinuitätsförderung des Niederdeutschen Theaters e. V. zwischenzeitlich abgeschlossen werden konnte und aufgrund der angespannten Haushaltssituation zu einer Ablehnung des Antrages unabhängig von der inhaltlich wertvollen Arbeit des Vereins führen werde. Die Verwaltung müsse jede Form der Haushaltsausweitung vermeiden. Auf Nachfrage teilt Herr Dr. Malorny mit, dass die Förderung der Niederdeutschen Sprache sehr wichtig sei. Die Kulturverwaltung unterstütze diese Förderung in Form von ermäßigten Tarifen im Rahmen der Entgeltordnung für den Roten Saal des Schlosses. Generell fördere die Stadt durch ihre Mitgliedschaft in der Braunschweigischen Landschaft mittelbar auch die niederdeutsche Sprache.

Ratsfrau Dr. Flake bittet um Prüfung, ob die Förderung von Theatergruppen durch Kontinuitätsförderung den Förderrichtlinien entspreche. Dies könne unter Umständen auch Ansprüche anderer freier Theater mit sich bringen. Sie weist darauf hin, dass derartige Förderungen von Sprachen Aufgabe des Landes seien. Hierzu teilt Frau Dr. Hesse mit, dass der Niederdeutsche Theater e. V. in der Vergangenheit bereits Anspruch auf Kontinuitätsförderung gehabt habe, jedoch durch die Bildung von zu hohen Rücklagen keine Förderung mehr möglich gewesen sei. Die Verwaltung sagt eine Prüfung anhand der Förderrichtlinien zu.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

7.1.4. Gerstäcker Museum

16-03296

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

8. Anträge

Es liegen keine schriftlichen Anträge zur heutigen Sitzung vor.

9. Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen zur heutigen Sitzung vor.

Einwohnerfrage zur Sitzung des Ausschusses am 18.11.2016

Frau Dr. Hesse weist auf eine eingegangene Einwohnerfrage zur Thematik „Förderung des Niederdeutschen Theaters e. V.“ zur heutigen Sitzung hin. Die Fragestellerin ist persönlich anwesend. Die Beantwortung erfolgt durch Frau Dr. Hesse.

Der Ausschussvorsitzende schließt um 11:40 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez.
Dr. Vollbrecht
Vorsitz

gez.
Dr. Hesse
Dezernentin IV

gez.
Kösters
Schriftführung

Nichtöffentlicher Teil:

10. Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung.

11. Mitteilungen

Es liegen keine schriftlichen Mitteilungen für den nicht-öffentlichen Teil vor.

12. Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen für den nicht-öffentlichen Teil vor.

Der Ausschussvorsitzende schließt um 11:45 Uhr den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung, mithin die Gesamtsitzung.

gez.
Dr. Vollbrecht
Vorsitz

gez.
Dr. Hesse
Dezernentin IV

gez.
Kösters
Schriftführung

Dez. IV
FB 41
Abt. 41.0

14. Dezember 2016
Sb.: Kösters
Tel.: 4875

**Termine für die Sitzungen des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft 2017
(Beginn: jeweils um 15:00 Uhr im Großen Sitzungssaal)**

- Freitag, den 10. März 2017
- Freitag, den 19. Mai 2017
- Freitag, den 11. August 2017
- Freitag, den 20. Oktober 2017
- Freitag, den 24. November 2017 (Ersatz)
- Freitag, den 15. Dezember 2017 (ggf. Haushalt 2018)

Bei der Planung der Termine wurde der Gremienlauf nach Möglichkeit in der Art berücksichtigt, als dass die Sitzungen des VA und des Rates auf die Sitzungen des AfKW folgen.

I. A.
gez.
Kösters

Haushaltslesung 2017 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2017		2018		2019		2020			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt FB 20 - Finanzen															
	6	Privatrechtliche Entgelte													
44	1.11.1165.21	Verw. städt. Grundvermögen, Fremdanmietung	AfD	Verdeckter Zuschuss Brunsviga Der Rat der Stadt möge beschließen, die nachfolgend genannten Institutionen im kommenden Haushaltsjahr nicht mehr mit verdeckten Zuschüssen in Höhe von € 116.100,- zu subventionieren. Es wird der Antrag gestellt, diesen dauerhaften verdeckten Zuschuss entsprechend der Wirtschaftlichkeitsbedingungen um mindestens 10% zu senken. Das Gemeinschaftshaus Brunsviga erhält - geplant - einen verdeckten Zuschuss (Verzicht oder Teilverzicht auf erzielbaren Erbbauzins) in Höhe von 116.100,- € p.a. zusätzlich zu den geplanten € 303.800,- pro Jahr.								dauerh.	341110 Mieten und Pachten Ergebnis AfKW: 1 / 9 / 0		
					+ 11.600		+ 11.600		+ 11.600		+ 11.600				
94	1.11.1165.21	Verw. städt. Grundvermögen, Fremdanmietung	SPD	Radio Okerwelle - Mieterlass Radio Okerwelle wird damit dem Bürgerfernsehen TV 38, das für den TV-Bereich ebenfalls eine Lizenz nach dem NLM besitzt, gleichgestellt.								dauerh.	341110 Mieten und Pachten Ergebnis AfKW: 5 / 0 / 6		
					- 11.800		- 11.800		- 11.800		- 11.800				
Teilhaushalt Kultur- und Wissenschaft															
	18	Transferaufwendungen													
48	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	BIBS	Zuschuss Niederdeutsches Theater e.V. Nach eigenen Angaben ist das Niederdeutsche Theater die zweitälteste Theatereinrichtung in Braunschweig, hat ca. 250 Abonnenten und führt normalerweise pro Spielzeit drei Produktionen auf. Um dem Theaterverein eine langfristige finanzielle Planungssicherheit zu garantieren, sollen nun die beantragten Fördermittel gewährt werden. Im Rahmen der städtischen Kontinuitätsförderung werden seit Jahren auch andere Theatereinrichtungen gefördert.								dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche - passieren lassen -		
					+ 15.000		+ 15.000		+ 15.000		+ 15.000				
49	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	DIE LINKE.	Zuschuss Theaterpädagogisches Zentrum (TPZ)								dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Ergebnis AfKW: 7 / 2 / 2		
					+ 4.500		+ 4.500		+ 4.500		+ 4.500				
96	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	SPD	Theaterpädagogisches Zentrum (TPZ) Das TPZ wurde 2013 gegründet und wird aktuell von 2014 bis 2016 mit 15.500 € gefördert. In den drei Jahren wurden über 100 Projekte durchgeführt mit dem Ziel, benachteiligte Kinder und Jugendliche zu unterstützen. Die Kontinuitätsförderung soll ab 2017 fortgesetzt werden. Der um 4.500 € erhöhte Förderbedarf erklärt sich aus der zeitlichen Begrenzung der Landesmittel und den unerwarteten Mehrkosten durch den Umzug in neue Räumlichkeiten.								dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Ergebnis AfKW: 7 / 2 / 2		
					+ 4.500		+ 4.500		+ 4.500		+ 4.500				

Haushaltslesung 2017 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2017		2018		2019		2020				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
52	Diverse		AfD	Aufhebung von Zuschüssen Der Rat der Stadt möge beschließen, die nachfolgend genannten Institutionen im kommenden Haushaltsjahr nicht mehr mit Zuschüssen zu versorgen, und die entsprechenden Haushaltseinträge auf Null zu setzen. Die städtischen Zuschußbeträge erreichen im nächsten Jahr ein Gesamtvolumen von über 72 Millionen Euro. Zur Zeit ist nicht zu erkennen, ob und in welchem Maße diese Zuschüsse im Einzelnen wirtschaftlich vertretbar sind. Der Nachweis dieser Vertretbarkeit ist vor allem bei den hier aufgelisteten Zuschußbeziehern notwendig: 1.25.2511.09 Arbeitskreis Andere Geschichte e.V. 1.25.2511.09 Gedenkstätte für Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, BS-Friedhöfe 1.25.2522.09 Kunstverein Braunschweig 1.25.2522.09 Bund Bildender Künstler 1.25.2522.09 Jugendkunstschule buntich 1.25.2522.09 Allgemeiner Konsumverein 1.25.2522.09 Internationales Filmfest Braunschweig 1.25.2610.09 LOT-Theater 1.25.2733.09 Brunsviga Friedenszentrum DRK-Kaufbar 1.25.2811.10 Projekt- und Konzeptionsförderung sonstige kult. Projekte											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Ergebnis AfKW: 1 / 9 / 0
							- 1.099.700		- 1.099.700		- 1.099.700		- 1.099.700			
80	Diverse		BIBS	Keine weitere Aussetzung der "Zuschussdynamisierung" Die so genannte "Dynamisierung" im Bereich der Kontinuitätsförderung wird wieder wie vom Rat für den Haushalt 2015 beschlossen, fortgesetzt. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushalt 2017 eingestellt.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche - passieren lassen -
							+ 183.000		+ 366.000		+ 457.500		+ 457.500			
81	Diverse		DIE LINKE.	Erhöhung von Zuschüssen 1. Die Zuschüsse im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich werden um 3,14% angehoben. 2. Die Zuschüsse für lizenzierte Übungsleiter im Sport werden um 4,1% angehoben. 3. Zum Haushalt 2019 berichtet die Verwaltung anhand der Belgezung der Zuschüsse, ob die Erhöhung auch zu Entgeltverbesserungen für alle Beschäftigten im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich geführt hat. Am 19.09.2016 hat die gemeinsame Kommission der LAG der Freien Wohlfahrtspflege, des Verbandes Deutscher Alten- und Behindertenhilfe, des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste, der kommunalen Spitzenverbände in Niedersachsen und des Landes Niedersachsen beschlossen, dass die Vergütungen wie folgt angepasst werden sollen: Personalkosten: + 4,1%, Sachkosten: -0,7%, Fahrtkosten: - 3,4% Weiter wurde beschlossen, dass die Vergütungspauschale nach § 41 SGB IX um 3,27% angehoben wird. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Personalkosten bei den Zuschüssen durchschnittlich 80% ausmachen, der Sachkostenanteil ca. 20% beträgt und die Fahrtkosten zu vernachlässigen sind, ergibt sich auf Grundlage dieses Beschlusses die Notwendigkeit, dass die Zuschüsse für die freie Wohlfahrtspflege und den Kulturbereich um 3,14% anzuheben sind. Ansonsten werden entweder Leistungen reduziert oder die Entgelte der Beschäftigten reduziert. Beides muss unbedingt vermieden werden. Auf Grundlage von ermittelten Beträgen aus früheren Jahren ist von Kostensteigerungen in 2017 von ca. 200.000 € und in den Folgejahren von ca. 400.000 € auszugehen. Diese Mehrkosten sind durch die Einführung einer Kulturförderabgabe gedeckt. Weiter muss betont werden, dass beim Thema "Dynamisierung der Zuschüsse" der Sport bislang sträflich vernachlässigt wurde. Das muss sich ändern. Die Mehrkosten betragen ca. 3.700 Euro und sind ebenfalls durch die Kulturförderabgabe gedeckt.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Nach dem bisherigen Dynamisierungsbeschluss wurde von einer jährlich fortschreitenden Erhöhung der Zuschüsse ausgegangen. Mit der vorgeschlagenen Kulturförderabgabe wäre eine Deckung der Zuschusserhöhungen voraussichtlich nur für 2 Jahre möglich. - passieren lassen -
							+ 203.700		+ 407.400		+ 407.400		+ 407.400			

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2017		2018		2019		2020			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		

Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft

	18	Transferaufwendungen		9.889.000		0	390.000	0	399.000	0	399.000	0	399.000		
--	----	----------------------	--	-----------	--	---	---------	---	---------	---	---------	---	---------	--	--

	1.25.2610.08	Staatstheater		Zahlungsverpflichtung aus dem Staatstheatervertrag Die Höhe des Betrages ergibt sich aus einer Nachzahlungsverpflichtung für das Jahr 2015 (197.000 €) sowie höheren Erstattungen für die Jahre 2017 (193.000 €) und 2018 (399.000 €), die sich aus dem Haushaltsplanentwurf des Landes für diese Jahre ergeben.								dauerh.	431110 Zuweisung an das Land		
							+ 390.000		+ 399.000		+ 399.000		+ 399.000		Ergebnis AfKW: 10 / 0 / 1

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden Teilhaushalt 20 - Finanzen Umbau Petzvalstraße 50 b als Depoträume											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	31.000	31.000	0	0	0	0	0
	4S.210042	Global-Instandhaltung Kulturinstitut		bisher 402.000 neu 433.000 Veränderung 31.000	367.000 367.000	35.000 66.000 31.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 31.000 € für die Herrichtung der Räumlichkeiten "Petzvalstraße 50 b (OG, Raum 23.2)" als Depotflächen für das Städtische Museum; mit der Herrichtung der Räumlichkeiten könnten die Depotflächen um 200 qm erweitert werden; die Herrichtung der Räumlichkeiten beinhaltet die Abtrennung eines Raumes, die Erneuerung der Beleuchtung, Brandschutzmaßnahmen, die Einr. einer Einbruchmeldeanlage, etc Ergebnis AfKW: 11 / 0 / 0
Beleuchtung Gedenkstätte Schillstraße											
17				Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	55.000	55.000	0	0	0	0	0
	4S.210042	Global-Instandhaltung Kulturinstitut		bisher 402.000 neu 457.000 Veränderung 55.000	367.000 367.000	35.000 90.000 55.000	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 55.000 € für die Beleuchtung der Gedenkstätte Schillstraße aus Anlass der Schmierereien an der Gedenkstätte im Frühjahr 2016 (Anbringung einer Unterflur-Maueranstrahlung - auf städt. Grund und Boden) Ergebnis AfKW: 11 / 0 / 0

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 41 - Kultur											
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)			20.000		20.000	0	0	0	0	
	5S.410013	Global Sachanlagen FB 41 intern									
			bisher	171.500	79.500	41.000	5.000	41.000	5.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 8.000 € für Holzunterstände für "BS-International" (Abt. Literatur und Musik); vier der alten Präsentationsstände aus der Erstausrüstung von 2006 sind abgängig und sollen ausgetauscht werden Ergebnis AfKW: 11 / 0 / 0
			neu	179.500	79.500	49.000	5.000	41.000	5.000	0	
			Veränderung	8.000		8.000	0	0	0	0	
	5S.410013	Global Sachanlagen FB 41 intern									
			bisher	171.500	79.500	41.000	5.000	41.000	5.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Bühnenbeleuchtung Roter Saal in Höhe von 12.000 €; Umstellung der alten Beleuchtungstechnik aus dem Jahre 2001 auf LED-Technik (Gründe: Energieeinsparung und längere Lebensdauer). Für die Maßnahme können Mittel beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beantragt werden, das seit 2008 Projekte fördert, die einen Beitrag zur Senkung der Treibhausemissionen leisten. Für derartige Umrüstungen können Zuschüsse von bis zu 30% gewährt werden. Ergebnis AfKW: 11 / 0 / 0
			neu	183.500	79.500	53.000	5.000	41.000	5.000	0	
			Veränderung	12.000		12.000	0	0	0	0	

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

alle

Produkt

diverse

Ergebnis AFKW
- passieren lassen -

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2017

Überschrift

Politische Schwerpunktsetzung bei vorsorgeorientierter Haushaltspolitik

Beschlussvorschlag

Als Kompensation für ergebniswirksame Haushaltsanträge werden für jeden Euro, der zusätzlich durch Anträge der Ratsfraktionen in den Ergebnishaushalt eingestellt wird, zwei Euro aus den ergebniswirksamen Haushaltsansätzen gestrichen.

Begründung

Nach einer mehrmonatigen Debatte, welche im Frühjahr mit den Haushaltsberatungen ihren Ausgang nahm, wurde im Juni mit breiter Mehrheit ein Ratsbeschluss gefasst, welcher den stufenweisen Abbau des strukturellen Defizits im städtischen Haushalt vorsieht. Dies wurde seitens der Verwaltung mit rund 15 Millionen Euro beziffert, im aktuellen Entwurf des Haushaltsplanes geht man für das kommende Jahr sogar von einem Defizit von rund 30 Millionen Euro aus.

Es bedarf also einer erheblichen Anstrengung, um die strukturelle Lücke im Ergebnishaushalt der Stadt zu schließen. Die Verwaltung hat dabei einen zurückhaltenden, wenn auch respektablen Vorschlag gemacht: im Finanzplanungszeitraum bis 2020 soll jedes Jahr eine zusätzliche Million strukturelle Verbesserung erwirtschaftet werden. Übergangsweise soll in 2017 mit der sogenannten Rasenmäher-Methode gearbeitet werden. Ab dem Haushalt 2018 soll auf den Ergebnissen einer systematischen Überprüfung der Aufgaben und Standards aufgesetzt werden, welche weitere Einsparpotenziale aufzeigen soll.

Es besteht jedoch trotz des strukturellen Defizits die Notwendigkeit, gezielt politische Schwerpunkte setzen zu können. Die CDU-Fraktion hält es für sinnvoll und möglich, auf die vorgeschlagene Weise den Spagat zwischen Ausgabendisziplin und politischen Prioritätensetzungen zu schaffen.

Unterschrift

DIE FRAKTION P²

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

alle

Produkt

diverse

Ergebnis AfKw

5/0/6

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2017

Überschrift

Kennzahlenangabe mit 3 Ist-Werten

Beschlussvorschlag

„Die Angabe von Kennzahlen wird ab dem Haushalt 2018 mit drei Ist-Werten erfolgen - sofern diese vorhanden sind.“

Begründung

Anderenfalls lassen sich Trends nicht sinnvoll erkennen.

Unterschrift

BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

Kultur und Wissenschaft

Produkt

Ergebnis AFKW
In Form des Änderungsantrags beschlossen
7/1/3

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2017

Überschrift

Denkmal "Grauer Bus"

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept zur ~~Umsetzung der von den Künstlern des "Grauen-Busses" eingereichten Vorschläge~~ zur Errichtung eines dauerhaften Denkmals in Erinnerung an die so genannten "Euthanasie"-Opfer im Dritten Reich und legt es den Gremien zur Beschlussfassung vor.

in Form der

zu gegebener Zeit

Begründung

2015 gastierte das mobile Denkmal für die "Euthanasie"-Opfer des Nationalsozialismus auf dem Vorplatz des ECE-Einkaufszentrums (vor dem Eingang zum Kulturinstitut). Im Anschluss an die Gedenkfeierlichkeiten regten die Künstler an, ein dauerhaftes Denkmal auch in Braunschweig zu errichten und präsentierten der Verwaltung mehrere mögliche Realisierungsvarianten. Diese Vorschläge sollen nun aufgearbeitet, geprüft und eine Variante den Gremien zum Beschluss vorgelegt werden.

gez. Dr. Dr. Wolfgang Büchs

Unterschrift

Leweke Birgit Dez. IV

Von: Hesse Dr. Anja Dez. IV
Gesendet: Freitag, 25. November 2016 15:57
An: Pol-10-di@brue.diplo.de
Betreff: Garten der Erinnerung in Braunschweig
Anlagen: Garten der Erinnerung - Kompromissvorschlag zum Standort.htm

Wichtigkeit: Hoch

Sehr geehrter Herr Rhein,

erlauben Sie, dass ich mich Ihnen zunächst vorstelle. Ich schreibe Sie in meiner Funktion als Kulturdezernentin der Stadt Braunschweig an. Im Rahmen meiner dienstlichen Aufgaben ist auch die Erinnerungsarbeit meinem Dezernat zugeordnet und im Zusammenhang mit diesem Komplex wende ich mich heute an Sie.

Es geht im Kern um eine geplante Erinnerungspartnerschaft zwischen der Gemeinde Aiseau-Prèsles in Belgien, zu der der Ortsteil Roselies gehört, und der Stadt Braunschweig. Die Stadt Braunschweig hat im Interesse der internationalen Aussöhnung durch Partnerschaft und aufgrund einer historischen Verbindung mit dem Ort Roselies eine Konzeption für einen sog. Garten der Erinnerung entwickelt und im September dieses Jahres, nach Durchlaufen der erforderlichen politischen Gremien, im Rat beschließen lassen. Die Umsetzung dieses Konzepts harrt allerdings der Umsetzung, weil eine Anwohnerinitiative diese derzeit verhindert.

Das Konzept sei hier kurz skizziert:

In Braunschweig ist eine Straße nach dem belgischen Ort „Roselies“ benannt, ohne, dass die Hintergründe für diese Namensgebung je hinlänglich hinterfragt worden sind. Namensgebend für diese Straße und schließlich auch für das Neubaugebiet aber ist eine von den Nationalsozialisten im Jahre 1938 errichtete Kaserne. Dass es sich bei dem Namen Roselies um einen jener Orte handelt, die Schauplatz der ersten verlustreichen Schlachten bei Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien war, war hier nicht bekannt und muss erläutert werden. Dies soll mit einem sog. Garten der Erinnerung unaufdringlich, und, eingepasst in bereits bestehende Grünflächenstruktur, geschehen. Diese Grünfläche, im Nutzungsplan nicht als Bolz- oder Spielplatz ausgewiesen, soll sehr zurückgenommen einige Elemente aufnehmen: eine abseits gestellte Tafel, Rosen und durch eine am Rand der Fläche geplante Anpflanzung belgischen Spalierobstes. Die Nutzung dieser Grünfläche als Bolzplatz für soll auch in Zukunft so bleiben. Darauf sind die sehr zurückgenommenen Planungen ausgerichtet.

Ich erläutere dieses eingangs, weil ich vor einigen Tagen eine Mail jener eingangs erwähnten Bürgerinitiative erhalten habe, die sich nunmehr mit ihrer Forderung den Garten nicht oder an anderer Stelle zu bauen, auf eine vermeintliche Äußerung Ihrerseits bezieht.

Konkret bezieht sich mein Anliegen auf die Aussage von Mitgliedern dreier Familien in einer E-Mail die an die politischen Fraktionen im Rat der Stadt Braunschweig, die ich dieser meiner mail angefügt habe. Dort heißt es: *„Ein solcher Platz (gemeint ist der Garten der Erinnerung) bedarf der Akzeptanz der Anwohner. Genauso wird es auch von dem Vertreter der deutschen Botschaft in Brüssel gefordert, der, wie uns zugetragen wurde, bei der Gedenkveranstaltung in Roselies zugegen war.“* Ihre Aussage als Vertreters der deutschen Botschaft wird in die aktuelle Diskussion in dem Sinne eingebracht, dass die konzeptionellen Planungen der Stadt Braunschweig für den Garten der Erinnerung zumindest hinsichtlich der angedachten Verortung zu verwerfen seien.

Im Zuge des Austausches mit dem Bürgermeister der Gemeinde Aiseau-Prèsles ist es 2015 und auch in diesem Jahr zum Besuch einer Braunschweiger Delegation zum Gedenktag im August gekommen, und da ich erfahren habe, dass Sie bei der Veranstaltung in diesem Jahr zugegen gewesen sind, ist es mir ein großes Anliegen, von Ihnen zu erfahren, ob Sie, wie in der anhängenden E-Mail beschrieben, zu der Frage des Gartens der Erinnerung in den Austausch mit der Delegation aus Braunschweig oder den Vertretern der ebenfalls anwesenden Fraktion der Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS) getreten sind und ob Sie sich für eine Verlegung des Gartens der Erinnerung ausgesprochen haben. Für meine weitere Arbeit ist dies nicht

ganz unerheblich, zumal einem Wort eines Botschaftsvertreters bei den Feierlichkeiten dieser Dimension in Belgien auch von der Vertreterin von Herrn Oberbürgermeister Markurth eine gewichtige Rolle beigemessen wurde.

Ich bitte sehr um Verständnis für mein Anliegen, aber das Projekt „Garten der Erinnerung“ hat hier in der Stadt im Rahmen ihrer jahrzehntelangen Erinnerungsarbeit und ihrem Bestreben um Aussöhnung einen hohen Stellenwert. Daher hat sich die zuständige Fachverwaltung sehr intensiv und aus meiner Sicht mit hoher Sensibilität im Auftrag des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft um ein Konzept bemüht.

Ich hoffe sehr, dass Ihnen diese Überlegungen und Hintergründe bekannt sind resp. bekannt gemacht worden sind, als der angeführte Austausch im August stattgefunden hat. Erlauben Sie, dass ich meinen Ausführungen zu dem konzeptionellen Hintergrund noch hinzufüge, dass die Stadt Braunschweig die ihr aus historischen Ereignissen zugewachsene Aufgabe sehr gern angenommen und bewusst alle zu beteiligenden Gremien von dem zuständigen Stadtbezirksrat bis zum Rat eingebunden hat, ihre Vorschläge also wohl überlegt und gut vorbereitet hat. Nicht unerwähnt lassen möchte ich, dass auch der Bürgermeister von Aiseau-Presles mit positiver Erwartung dem Garten der Erinnerung entgegenseht.

Insofern wäre Ihre klärende Information zu der genannten Einschätzung, die Ihnen zugeschrieben wird, für das weitere Procedere in der Umsetzung für mich und für die Stadt Braunschweig von großer Bedeutung.

Ihrer Antwort sehe ich mit großer Erwartung entgegen und danke nochmals für Ihr Verständnis für diese Form der Kontaktaufnahme.

Gern wäre ich auch bereit, mit Ihnen in dieser Angelegenheit zu telefonieren.

Dr. Anja Hesse

Von: Gerhard Lippert [<mailto:lippert@steuerzahler.de>]
Gesendet: Donnerstag, 15. Dezember 2016 13:09
An: Boldt-Stülzebach Dr. Annette 41.1
Betreff: Garten der Erinnerung/Ihre Antwort vom 06.12.2016

Sehr geehrte Frau Dr. Hesse,
sehr geehrte Frau Dr. Boldt-Stülzebach,

für Ihre sehr ausführliche Stellungnahme vom 6. Dezember 2016 möchten wir uns vielmals bedanken. Darin haben Sie unsere Fragen vollständig und schlüssig beantwortet. Wir sehen daher nach jetzigem Stand keine Veranlassung, den Fall weiter aufzugreifen.

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und kommen Sie gut ins neue Jahr!

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Lippert
Volkswirt M.A.
Haushaltsreferent

Bund der Steuerzahler
Niedersachsen und Bremen e.V.
Ellernstraße 34
30175 Hannover

Telefon: 0511/515183-0
Telefax: 0511/515183-33
<http://www.steuerzahler-niedersachsen-bremen.de>